

BUDGETAUSBLICK 2020 und 2021

Schnelleinschätzung des Büros des Fiskalrates

Das Büro des Fiskalrates schätzt die gesamtstaatlichen Finanzierungssalden für die Jahre 2020 und 2021 auf $-9,2\%$ und $-5,8\%$ des Bruttoinlandsprodukts (BIP), unter der Annahme, dass die unterstellten BIP-Wachstumsraten für die Jahre 2020 und 2021 ($-6,8\%$ und $+4,4\%$) halten. Die deutlich negativen Finanzierungssalden sind vorrangig auf die budgetären Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Die Schuldenquote steigt auf $83,6\%$ des BIP im Jahr 2021 an. Der erwartete Einbruch der Einnahmen um $13,2$ Mrd EUR übersteigt den seit dem Zweiten Weltkrieg bisher größten Einnahmenrückgang infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 um ein Vielfaches. Die budgetären Effekte der wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Gesundheitskrise erreichen bislang einzigartige Dimensionen: In Summe belaufen sich die budgetären Belastungen in den Jahren 2020 und 2021 durch die COVID-19-Pandemie auf $34,6$ Mrd EUR bzw. $19,2$ Mrd EUR. Im Vergleich zum Haushaltsplan 2020 des Bundesministeriums für Finanzen (HHP des BMF) erwartet das Büro des Fiskalrates in den Jahren 2020 und 2021 leicht höhere Einnahmen im Umfang von $1,2$ Mrd EUR und $0,4$ Mrd EUR. Die errechneten Ausgaben überschreiten die HHP-Werte allerdings 2020 um $0,2$ Mrd EUR und 2021 um $1,4$ Mrd EUR. Damit wird in beiden Jahren ein etwas geringeres Budgetdefizit als im Rahmen des Haushaltsplans erwartet.

Makrobild

Infolge der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen des gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Lebens wird die österreichische Wirtschaft 2020 laut WIFO-Prognose mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von $-6,8\%$ den stärksten Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg erfahren. Mit dem starken Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist auch ein Ende der positiven Arbeitsmarktdynamik der vergangenen Jahre verbunden. Trotz eines starken Beschäftigungsrückgangs sinken die Arbeitnehmerentgelte durch die hohe Inanspruchnahme der Kurzarbeit sowie die robusten Lohnabschlüsse im vergangenen Jahr jedoch nur leicht. Für 2021 wird eine starke Erholung mit einem realen Wirtschaftswachstum von $+4,4\%$ prognostiziert, die sich auch in einer graduellen Verbesserung der Arbeitsmarktlage zeigen wird, wobei dieses Szenario unter der Annahme positiver epidemiologischer Entwicklungen eintritt.

Einnahmen und Ausgaben

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bestimmen die gegenwärtige und erwartete Entwicklung der Staatseinnahmen und Staatsausgaben maßgeblich. Der resultierende Konjunkturerückgang führt zu einem deutlichen Einnahmerückgang – vor allem die Aufkommen aus

Körperschafts-, veranlagter Einkommen- und Umsatzsteuer gehen stark zurück – und einem deutlichen Anstieg der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die von der Bundesregierung implementierten fiskalpolitischen Maßnahmen adressieren zum einen die Lösung der Gesundheitskrise direkt – zusätzliche Ausgaben im Gesundheitsbereich – und in weit größerem Ausmaß das Abfangen der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Während der Konjunkturerückgang wesentlich stärker auf die Entwicklung der Staatseinnahmen durchschlägt, erhöhen die Gegensteuerungsmaßnahmen der Regierung primär die Staatsausgaben.

Das Vorziehen der Einkommensteuertarifsenkung verstärkt den starken Rückgang der Staatseinnahmen im Jahr 2020 zusätzlich. Dieser übertrifft mit $13,2$ Mrd EUR den durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ausgelösten Rückgang der Einnahmen im Jahr 2009 ($1,5$ Mrd EUR) um ein Vielfaches. Der Anstieg der Staatsausgaben um $24,4$ Mrd EUR übertrifft den Anstieg der Ausgaben im Jahr 2009 ($9,5$ Mrd EUR) ebenfalls deutlich. Neben den pandemiebedingten Ausgabenerhöhungen (v. a. infolge von Kurzarbeit und Fixkostenzuschuss) sind hierfür vor allem die Zahlungen des Einlagensicherungsfonds im Rahmen der Insolvenz der Commerzialbank Mattersburg und der Anglo Austrian Bank, aber auch unterschiedliche neue

Maßnahmen der Bundesregierung (u. a. gestaffelte Pensionserhöhung) verantwortlich.

Das Jahr 2021 ist geprägt von einer erwarteten wirtschaftlichen Erholung und einem damit verbundenen deutlichen Anstieg der Staatseinnahmen. Zusätzlich erhöhen sich die Einnahmen aufgrund der erwarteten Auflösung von Abgabenstundungen und steigen insgesamt überdurchschnittlich stark um 7,0 Mrd EUR (durchschnittliche Erhöhung 2015 bis 2019: 5,7 Mrd EUR). Gleichzeitig gehen die Staatsausgaben vor allem aufgrund der Rücknahme von Gegensteuerungsmaßnahmen um 4,5 Mrd EUR zurück.

Tabelle 1: Diskretionäre Maßnahmen

Maßnahmen (budgetäre Wirkung im Vorjahresvergleich*) in Mrd EUR	2020	2021
Maßnahmen vor 2020	-2,9	-0,9
Konjunkturbelebende und COVID-Maßnahmen	-19,4	11,6
Weitere Maßnahmen	-2,5	-1,5
Insgesamt	-24,8	9,2
Davon einnahmenseitig	-6,4	-0,5
Davon ausgabenseitig	-18,4	9,7
Insgesamt (in % des BIP)	-6,2	2,3

*) Negative Werte bedeuten eine Reduktion des Finanzierungssaldos.

Quellen: FISK-Einschätzung auf Basis von offiziellen Budgetunterlagen (z. B. Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA)).

Gesamtergebnis

In Summe errechnet sich aus Sicht des Büros des Fiskalrates für die Jahre 2020 und 2021 ein Finanzierungssaldo von -9,2% des BIP bzw. -5,8% des BIP. Die gesamtstaatliche Schuldenquote steigt von 70,5% im Vorjahr auf 83,4% des BIP im Jahr 2020 und auf 83,6% des BIP im Jahr 2021.

Tabelle 2: Gesamtergebnisse

in % des BIP	2019	2020	2021
Staatseinnahmen	49,1	48,2	47,2
(Veränd. zu Vorjahr)	(3,6%)	(-6,8%)	(3,9%)
Staatsausgaben	48,4	57,4	53,0
(Veränd. zu Vorjahr)	(2,5%)	(12,7%)	(-2,1%)
Finanzierungssaldo	0,7	-9,2	-5,8
Staatsverschuldung	70,5	83,4	83,6

Quelle: Statistik Austria und eigene Berechnung.

Im Vergleich zum Budgetpfad gemäß Haushaltsplan 2020 des BMF errechnet das Büro des Fiskalrates für 2020 und 2021 leicht geringere Budgetdefizite. Die gegenwärtig bestehenden Probleme bei der Berechnung des Output Gap aufgrund der COVID-Pandemie verhindern die Berechnung eines sinnvoll interpretierbaren strukturellen Budgetsaldos. Das Büro des

Fiskalrates verzichtet daher auf die Darstellung dieser Budgetkennzahl und empfiehlt einen vorsichtigen Umgang mit den von anderen Institutionen publizierten strukturellen Budgetsalden.

Budgetäre Effekte der COVID-19-Pandemie

Der Gesamteffekt der COVID-19-Pandemie auf die öffentlichen Haushalte geht über die direkten Kosten der Unterstützungsmaßnahmen hinaus und beinhaltet auch die indirekt durch den Wirtschaftseinbruch ausgelösten fiskalischen Effekte (v. a. Abgabenausfälle und erhöhte Ausgaben für Sozialtransfers). Um das Gesamtausmaß der budgetären Belastung zu quantifizieren, wurde die aktuelle Schnelleinschätzung mit einer konterfaktischen Schätzung ohne COVID-19-Pandemie, auf Basis der WIFO-Makroprognose vom Dezember 2019, verglichen. Laut dieser Schätzung ergibt sich ein Gesamteffekt auf den Finanzierungssaldo von -34,6 Mrd EUR für 2020 und weiteren -19,2 Mrd EUR für 2021. Das bedeutet auch, dass ohne COVID-Pandemie im Jahr 2020 trotz der ersten Stufe der Einkommensteuertarifreform mit einem ausgeglichenen Haushaltsergebnis zu rechnen gewesen wäre.

Tabelle 3: Budgetäre Effekte COVID-Pandemie

Abweichung Finanzierungssaldo aufgrund der COVID-Pandemie pro Jahr	in Mrd EUR		in % des BIP ¹⁾	
	2020	2021	2020	2021
Diskretionäre Maßnahmen	-19,4	-7,8	-5,1%	-2,0%
einnahmenseitig	-4,0	-3,7	-1,1%	-0,9%
ausgabenseitig	-15,4	-4,1	-4,1%	-1,0%
Makroökonomischer Schock	-15,2	-11,4	-4,0%	-2,8%
einnahmenseitig	-14,8	-11,3	-3,9%	-2,8%
ausgabenseitig	-0,4	-0,1	-0,1%	0,0%
Gesamteffekt	-34,6	-19,2	-9,2%	-4,8%

1) Gemessen in Prozent des BIP inkl. COVID-Pandemie.

Quelle: Budgetunterlagen und eigene Berechnungen.

Haushaltspolitische Schlussfolgerungen

Die FISK-Herbstprognose einschließlich Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Haushaltspolitik wird der Fiskalrat in seinem Jahresbericht im Dezember publizieren. An dieser Stelle sei nochmals auf die Abhängigkeit des Budgetausblicks von der zugrundeliegenden WIFO-Konjunkturprognose verwiesen, die aktuell naturgemäß unsicherer ist als in früheren Jahren.